

Dresdener Volkszeitung

Verlagsort: Leipzig.
Haben & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:
Gebr. Arnold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Frangobrief monatlich 2 00 M. Durch
den Post bezogen vierteljährlich 6 00 M., unter Kreuzband für Deutschland
und Österreich-Ungarn 6 00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Schließzeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Inseratenpreis: die 7 gespaltene Nonpareilzeile 50 Pf., darauf 40 Prozent
Zuerstzulage, bei Familienanzeigen die Zeile 60 Pf. (ohne Zuschlag).
Interesse sind im Voraus zu bezahlen. Eine Verpfändung zur Kaufnahme an vor-
geschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefverbreitung 20 Pf.

Nr. 137.

Dresden, Mittwoch den 18. Juni 1919.

30. Jahrg.

Sollen wir unterzeichnen?

Wenn in Deutschland irgendwo die Hoffnung bestand, daß die Alliierten sich durch die deutschen Gegenforderungen bewegen lassen würden, aus dem Gewaltfrieden, den sie herbeiführen wollen, einen Verständigungsfrieden zu machen, so ist diese Hoffnung bitter enttäuscht. Die Staatsmänner der Entente wollen die Sieger sein, die dem besiegten Feind den Fuß auf den Nacken legen. Sie haben vor und während des Krieges viele Sünden auf sich gehäuft, und das wollen sie ihren Vätern nicht zum Bewußtsein kommen lassen. Deshalb ist die Entente, Deutschland als den allein Schuldigen hingu-
gesehen. Wir sind die Lehten, die bestritten würden, daß die Herren Deutschlands vor, bei Beginn und während des Krieges schwere Schuld auf sich geladen haben. Zudem die deutsche Regierung das löbliche Vorgehen Österreichs gegen Serbien zuließ, spielte sie treuehuldig mit dem Willen und der Bestrebungen der Alliierten. Aber es liegt ein großes Stück Schuldheit darin, wenn die Alliierten es in ihrer Antwort nicht so darstellen, als ob es nur in Deutschland Leute gäbe, die an dem Kriegslustig sind. Sollte es wirklich den Herren von dem Vizekanzler nicht bekannt sein, daß zum mindesten in Frankreich und Rußland Kriegsparteien auf der Dauer laßen, denen die Fehler und die Ungebilligkeiten Deutschlands nur zu gelegentlich kamen? Ebenso ist es Deutschland, wenn Deutschland Vorwürfe wegen der Straußenscheit seiner Kriegführung gemacht werden. Wollen wir die Herren von der Entente wirklich weismachen, daß sie auf irgend ein Mittel verzichtet hätten, das ihnen zur Überwindung der Gegner geeignet schien? Und kann es denn eine grausamere Waffe geben, als die Wiedergeburt in Deutschland viele Hunderttausende von Frauen, Kindern und Greisen zum Opfer gefallen sind.

Die Entente Staatsmänner haben in ihrer Note Deutschland zu verstehen gegeben, daß sie auch dem neuen Deutschland, das sich durch die Revolution von seinen früheren Rechtsübern bedreit habe, nicht recht trauen. Sie machen das deutsche Volk mit für das verantwortlich, was die früheren Herren Deutschlands getan haben, und machen uns einen Vorwurf daraus, daß die Revolution erst gekommen sei, nachdem der Krieg ungünstigen Deutschlands entschieden war. Aber haben wir irgendeinen Anlaß, zu glauben, daß die Entente uns glimpflicher behandelt hätte, wenn die Revolution früher gekommen wäre, wenn, was die unausbleibliche Folge einer Revolution während des Kampfes war, der Zusammenbruch Deutschlands infolge dieser Erhebung im Innern erfolgt wäre? Die Waffen des deutschen Volkes waren sich eben klar darüber, daß trotz allen schönen Reden, die wir aus dem Munde der Entente Staatsmänner hörten, der Krieg doch auch für diese Länder ein imperialistischer Raubkrieg war, ein Glaube, der jetzt leider nur allzu sehr bestätigt wird.

Vor der Stimmung, die die leitenden Kreise der Entente beherrscht, ist es nur zu natürlich, daß keine Zugeständnisse gemacht werden, die den Frieden zu einem wirklichen Rechtsfrieden werden ließen. An der vorläufigen Internationalisierung des Saargebietes soll festgehalten werden. Deutschland soll keine von seinen Kolonien zurück, die Aufnahme in den Völkerbund soll vorläufig noch nicht erfolgen, auch eine Festlegung der Schadenersatzpflicht Deutschlands ist in dem Friedensvertrag noch nicht vorzusehen. Ebenso sollen offenbar die Bestimmungen über die Ablieferung der deutschen Handelsflotte nicht geändert werden. Wohl das meiste Zugeständnis, das Deutschland gemacht worden ist, ist die Zulassung einer Volksabstimmung in Oberschlesien, einem Lande, dessen Bestimmung für Deutschland so ungewisser Wertvoll ist. Aus den vorliegenden Nachrichten ist freilich nicht zu ersehen, unter welchen Umständen diese Abstimmung stattfinden soll. Möglicherweise werden die Bestimmungen so gestaltet sein, daß die Abstimmung für Deutschland nur einen geringen Wert hat.

In Schleswig ist auf die Volksabstimmung in der dritten Zone verzichtet worden, und an Belgien sollen Abtretungen nur stattfinden, wenn in den Vertrag kommenden Gebieten eine Volksabstimmung zugunsten Belgiens entschieden hat. Dagegen soll nicht unter polnische Oberhoheit kommen, sondern eine unabhängige freie Staat werden.

Die Entente begehrt die Bedingungen, die sie uns jetzt vorlegt, als ihr letztes Wort und die Nationalversammlung, die über Annahme oder Ablehnung zu bestimmen haben wird, steht vor einer schweren Entscheidung. Der Frieden, den uns die Annahme der Bedingungen der Entente bringt, ist für das deutsche Volk eine ungedeute Last. Millionen deutsch Sprechender kommen unter fremde Herrschaft, unser Volk wird ein Paria Volk sein, es steht nicht gleichberechtigt mehr neben den andern Völkern der Welt. Es wird ohne Handelsflotte, ohne Kolonien sein, Rohstoffmittel und Rohstoffe nur so weit bekommen, als die vorhandenen Vorräte von andern nicht gebraucht werden. Viele Generationen Deutscher werden daran arbeiten müssen, die Ansprüche der Sieger zu befriedigen. Und ob wir uns in den nächsten Jahrzehnten von dem furchtbaren Schicksal werden erholen können, den dieser Vertrag für uns bedeutet, steht dahin.

Indes, jedes muß sich jeder, der sich seiner Verantwortung

bewußt ist, auch über die Folgen der Nichtunterzeichnung klar sein. Daran, daß die Entente scharfe Maßregeln anwenden würde, um einen Druck auf uns auszuüben, kann kein Zweifel sein. Wüßten wir, daß die Verweigerung der Unterschrift nur dazu führte, daß die Entente ganz Deutschland besetzte und in Verwaltung nähme, so könnte man es darauf ankommen lassen. Die Entente Staaten würden sich damit eine Last auf, an der sie auf die Dauer zu schwer zu tragen hätten. Aber die Entente braucht nur die Randgebiete Deutschlands zu besetzen, um unser Wirtschaftsleben völlig zum Stillstand zu bringen. Nimmt sie Oberschlesien und das Ruhrgebiet in Besitz, so hört die Versorgung des übrigen Deutschlands mit Kohlen nahezu vollkommen auf, ein Zustand, den das deutsche Volk längere Zeit unmöglich ertragen kann. Unsere Rohstoffversorgung würde dann bald völlig ins Stocken kommen, große Teile des deutschen Volkes wären dem ärgsten Hunger ausgeliefert. Dazu kommt die Gefahr, daß die Entente weitere Schritte von Deutschland lösbereit, vielleicht Nord- und Süddeutschland trennen und so einen völligen Herfall Deutschlands herbeiführen könnte. Die Drohung, die Unterschrift zu verweigern, wäre das letzte Mittel, das Deutschland anwenden könnte, um eine Milderung der Bedingungen zu erzielen. Darum war es eine so unglückliche Dummheit der Unabhängigen, daß sie den Feinden ins Ohr schrien: Wir müssen unterzeichnen! Trotz den ungünstigen Erfahrungen, die wir während des Krieges mit der Internationalen gemacht hatten, wollten wir auch die Hoffnung nicht ganz aufgeben, daß eine Aktion der Internationalen und eine Besserung des Friedensvertrags bringen würde. Eine Aktion der Internationalen, die die Entente Staatsmänner zu einem Verzicht auf den Gewaltfrieden hätte zwingen können, ist nicht erfolgt. Es haben zwar auch in den Entente Ländern große Streikbewegungen stattgefunden, die aber doch im wesentlichen wirtschaftliche Gründe hatten und auch in gewissem Zusammenhange stehen. Es wäre eine Illusion, wenn wir glauben wollten, daß dem deutschen Volke von dieser Seite ausreichende Hilfe werden könnte.

Unter diesen Umständen müssen wir fürchten, daß eine Verweigerung der Unterschrift dazu führen könnte, daß binnen kurzem irgendeine deutsche Regierung einen noch viel schlechteren Friedensvertrag unterzeichnen muß. Und deshalb glauben wir, daß wir jetzt um die Unterschrift nicht mehr herumkommen. Die Verweigerung der Unterschrift hieße den Waffen des deutschen Volkes nutzlos unendlich schwere Opfer auferlegen. Darüber, daß die Zukunft des deutschen Volkes schwer sein wird, sind wir uns klar. Besonders die Massen des Volkes werden noch Schweres zu tragen haben. Sie haben schon vor dem Krieg in Armut und Mühseligkeit dahingehen müssen, und trotzdem werden sie in den nächsten Jahren kaum wieder auch nur die Lebenshaltung erreichen können, die sie vor dem Krieg gehabt haben. Aber wir dürfen trotzdem den Mut nicht verlieren. Das deutsche Volk hat schon manch schweren Schicksalsschlag überwunden. Hoffen wir, daß es auch jetzt gelingen wird, unser Volk wieder einer besseren Zukunft entgegenzuführen, was uns freilich nur dann gelingen kann, wenn wir tatkräftig dazugehen, unsere Wirtschaft planmäßig neu aufzubauen.

Volksabstimmung? Eigener Bericht.

Weimar, 18. Juni: Soeben wird bekannt, daß die von Versailles zurückgesetzte Friedensdelegation einmütig der Erwartung ist, daß der Friedensvertrag nicht unterzeichnet werden kann. Am 11 Uhr tritt der Senatorenkonvent zusammen, um über die Geschäftsfrage zu beraten. Von 1—4 Uhr finden interfraktionelle Sitzungen statt und anschließend daran tagen die Fraktionen. Die sozialdemokratische Fraktion wird an die Regierung das Ersuchen richten, alle Vorbereitungen zur Volksabstimmung sofort zu treffen.

Die Stimmung in Weimar.

Vorige Nacht ist die deutsche Delegation unter Führung des Grafen Brockdorff-Rantzau von Versailles in Weimar angekommen. Die Ueberzeugung der Änderungen im Friedensvertrag dürfte auf der Bahnfahrt erledigt sein und der Druck im Laufe des Vormittags erfolgen, so daß die Ausgabe des geänderten Vertrags mittags zu erwarten steht. Ueber die Stellung des Kabinetts ist Endgültiges nicht zu sagen. Die sozialdemokratische Fraktion, die eine Fraktionslösung für heute nachmittags einberufen hat, wird erst am Nachmittag Stellung zum Friedensvertrag nehmen. In der sozialdemokratischen Fraktion macht sich eine starke Stimmung für Unterzeichnung bemerkbar. Die Stimmung in den übrigen Parteien ist nicht genau zu ersehen. Besonders die Vertreter der besetzten Gebiete und der Landesräte, die im Falle der Nichtunterzeichnung sofort befreit werden, sind größtenteils für Unterzeichnung. Einflußreiche sächsische Demokraten und Zentrumsgesandete

sind für Unterzeichnung, weil sie fürchten, daß in wenigen Wochen doch unterzeichnet werden muß und weil sie die Verlegung mit all ihren trüben Begleiterscheinungen verhältnismäßig wägen. In diesen Kreisen befürchtet man auch, daß durch die Verlegung die separatistischen Bestrebungen zur Selbständigmachung von Rheinland, Württemberg, Bayerns und Hannover's gewaltig an Boden gewinnen. Als sicher ist anzunehmen, daß um eine mehrtägige Fristverlängerung nachgesucht wird, damit eine Volksabstimmung stattfinden kann. Die Volksabstimmung dürfte dann für Montag oder Dienstag zu erwarten sein.

Die deutsche Proße.

Aus dem bisher vorliegenden Meldungen geht hervor, daß die Anschauungen in der deutschen Presse darüber, ob jetzt unterzeichnet werden soll, geteilt sind. Eine Anzahl namhafter Zeitungen spricht sich für die Unterzeichnung aus. So schreibt die Frankfurter Zeitung:

Das, was bisher veröffentlicht wurde, ist geeignet, die Gefühle unseres Volkes bis zum Grunde aufzurühren. Wir zweifeln nicht, daß sich heute eine Sturmflut von Empörung und Erbitterung über Deutschland erhebt. Die Abreise der deutschen Delegation gab dem französischen Völkchen Anlaß zu gemeinen Ausschreitungen, die zu dem Schändlichsten gehörten, was die diplomatische Geschichte verzeichnet. So beginnt die Wera des Völkchens und des Völkchens die Deutschen nicht erwarten, sonst wäre es besser gewesen, keine Reichsvertreter nach Versailles zu entsenden. Wir kennen die Gefühle, die heute ganz Deutschland bewegen. Wir teilen sie und empfinden die ganz gewissenhafte Tragik des deutschen Schicksals. Was wir nunmehr auch tun müssen, wird fürchterlich sein. Die Verantwortung der Stunde ist unermesslich. Deutschland ist zuhause, dem Feinde die Unterschrift zu dem Vertragsentwurf zu verweigern, wenn sie durch Ultimatum erzwungen wird. Schiden wir uns ins Unabsehbare. Hoffen wir auf bessere Zukunft. Gute Aussichten sind da, daß sie kommen, nicht im Saumgewitter schneller Nachkriegszeiten, sondern durch den Willen der Völker, die ohne Mitarbeit des mittleren Europa nicht in Ruhe laßen können.

Die Vossische Zeitung schreibt: Deutschland darf seinen Zweifel darüber laßen, daß es diesen Frieden für keinen Frieden der Geschichtlichkeit, sondern für einen Frieden der Gewalt hält, und seinen Zweifel darüber, daß auch trotz manchen Änderungen eine ganze Reihe von Vertragsbestimmungen objektiv unerfüllbar bleiben. Aber trotzdem kann man im Ernst nicht annehmen, daß eine ihrer Verantwortung bewußte Regierung die furchtbaren Folgen auf Deutschland heraufbeschwören werde, die die Ablehnung des Friedens haben würde. Sicher sind die seelischen und materiellen Kosten, die durch die Unterzeichnung des Vertrags über alle deutschen Köpfe hinweg, außerordentlich. Wirtschaftliche Schäden von unerhörter Schwere werden dem deutschen Volke aufgedrückt, Kosten, die mit den abgebrauchten Mitteln überlieferter Staatskunst und Wirtschaftsorganisationen niemals tragbar gemacht werden können. Aber auch der härteste Preis schallt doch endlich die Grundfrage, um mit dem Wiederaufbau zu beginnen. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages rettet der Zusammenbruch des Reiches, während die Ablehnung die Auflösung des Reiches deutscher Wirtschaft bedeutet, den Schaden ohne Ende, eine dauernde Kränklichkeit, eine Aufwärtsbewegung von Hunger und Not. Kein verantwortlicher Staatsmann kann darauf hoffen, daß im Falle der Ablehnung des Friedens ein Wunder geschehen wird.

Dagegen spricht sich Friedrich Stampfer im Vorwärts für die Ablehnung aus. Er schreibt:

Wohl zum ersten Male in der Geschichte erlabt sich hier der Haß, daß man ein Volk, mit dem man angeblich Frieden schließen will, in der unerträglichsten Weise beleidigt und beschimpft. Wenn die Punkte der Entente den Krieg als größtes Verbrechen an der Menschheit nennt und für ihn das deutsche Volk allein verantwortlich macht, so ist es doch gewiß, daß es noch ein größeres Verbrechen an der Menschheit gibt, und das ist dieser sogenannte Friede, der von den Entente-Mächten dem deutschen Volke zugeworfen wird.

In den nächsten vier Tagen vollzieht sich die größte Entscheidung der Weltgeschichte, die doch, wie immer sie fällt, keine endgültige sein wird. Denn das deutsche Volk kann den Kampf um Recht und Leben nicht aufgeben. Wäre es sich hart genug erwiesen, ihm jetzt schon kraftvoll weiterzuführen, indem es den unerfüllbaren, unannehmbaren und entehrenden Forderungen des Entente-Kapitalismus sein festes Nein entgegensetzt.

Der überwiegende Teil der heute fallt nach Beendigung des Buchdruckerstreiks wieder erscheinenden Berliner Blätter nimmt, wie W. L. B. meldet, der Ententeantwort gegenüber den Standpunkt ein, den das Berliner Tageblatt dahin kennzeichnet, daß, wer bisher unannehmbar gesagt hat, es heute mit der gleichen Festigkeit sagen könne. Wenn die Regierung und die Nationalversammlung ihr Unannehmbar wiederholten, müßten sie zugleich dem Volke zeigen, daß nicht die Masse der Beschäftigten leiden sollte unter dem, was die nächsten Wochen bringen könnten.

Auch der Lokalanzeiger sagt: Die wenigen gemachten Zugeständnisse ändern nichts an der Unannehmbarkeit und Unersättlichkeit des Teufelswerks. Der Begleitbrief aber ist in einem abfälligen verächtlichen Tone gehalten und der Geist, den es atmet, wird durch die folgenloschwerste gemeinsame Fälligkeit der Weltgeschichte zu rechtfertigen berufen. Die Regierung hat die Pflicht, mit einem bestimmten Programm für die Behandlung des Vertrags vor die Nationalversammlung zu treten,